

Der Eintritt des Abg. Dr. Urban in die Regierung.

Von Seite des deutschen Nationalverbandes wird nachstehende Mitteilung verlautbart: Der mit der Kabinettsbildung betraute Graf Clam-Martinić hat an den Abg. Dr. Urban die Anfrage gerichtet, ob er geneigt wäre, in ein von ihm zu bildendes Kabinett als Handelsminister einzutreten. Hierüber berichtete Abg. Dr. Urban in der gestern vormittags abgehaltenen Vorstandssitzung des deutschen Nationalverbandes. Der Vorstand beschloß, dem allfälligen Eintritt Dr. Urbans in die Regierung unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß auch die christlichsoziale Partei hingegen keine Einwendung erhebe. In Ausführung dieses Beschlusses wurden Verhandlungen mit der christlichsozialen Partei eingeleitet, welche zu einer vollen Ueber einstimmung der beiden deutschbürgerlichen Parteien in der Richtung führten, daß die Bereitwilligkeit Dr. Urbans, in die zu bildende Regierung einzutreten, gebilligt und der Eintritt als wünschenswert bezeichnet wurde. Hievon wurde Graf Clam-Martinić in Kenntnis gesetzt. Nachdem auch Abg. Dr. Urban in diesem Sinne dem designierten Ministerpräsidenten eine Erklärung abgegeben hatte, wurde in der heute abends abgehaltenen Vollversammlung des deutschen Nationalverbandes die nachstehende Entschliebung gefaßt: „Die über Wunsch der deutschbürgerlichen Parteien geäußerte Bereitwilligkeit des Abg. Dr. Urban zum Eintritt in die zu bildende Regierung, welche dazu bestimmt ist, die Vorbedingungen für ein Parlament fruchtbarer Arbeit zu schaffen, wird zur Kenntnis genommen und dem Abgeordneten Dr. Urban das fortdauernde Vertrauen ausgedrückt.“ Zu diesem Beschlusse gelangte sowohl der Vorstand als auch die Vollversammlung nach eingehender sachlicher Beratung. Maßgebend für die Stellungnahme des Verbandes war die Erwägung, daß es bei der Wichtigkeit der der

künftigen Regierung obliegenden Aufgaben für die Deutschen Oesterreichs von größtem Wert sein muß, einen sachkundigen Mann im Rat der Krone zu wissen, welcher das allgemeine Vertrauen der deutschbürgerlichen Parteien genießt. Der Umstand, daß der in Aussicht genommene Kabinettschef nicht dem deutschen Volksstamm angehört, erschien nicht hinreichend, um sich grundsätzlich gegen den Eintritt eines Mitgliedes des deutschen Nationalverbandes in die zu bildende Regierung auszusprechen. Allseits wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Regierung ehe baldigst alle jene Voraussetzungen schaffen werde, welche eine Gesundung unserer staatlichen Verhältnisse ermöglichen und daß sie insbesondere auch Mittel und Wege finden werde, um die Regelung der Ernährungsfrage in die richtigen Bahnen zu lenken und die Allgemeinheit der Bevölkerung gegen gewissenlose Ausbeutung und Bewucherung zu schützen.